

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 10/2010

04. Mai 2010

GEW Sachsen: Schluss mit den falschen Behauptungen! Bildungsgewerkschaft erwartet Abkehr vom Konfrontationskurs gegenüber den Lehrer/innen an den Gymnasien und Mittelschulen

Im Vorfeld des für morgen angekündigten Gesprächs zwischen dem Finanz- und dem Kultusministerium einerseits und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sowie der Tarifunion des Beamtenbundes (dbb tarifunion) andererseits über die Beschäftigungsperspektive der Lehrer/innen an den Mittelschulen und Gymnasien und in Reaktion auf die Aussagen des Kultusministers gegenüber der „Leipziger Volkszeitung“ (LVZ vom 04.05.) erklärt die Landesvorsitzende der GEW **Sabine Gerold**:

„Es wird immer unerträglicher, wie der Kultusminister in der Öffentlichkeit mit dem Thema Lehrernachwuchs in Sachsen umgeht. Um es klarzustellen: Es stimmt nicht, dass junge Lehrer/innen Sachsen den Rücken kehren müssen, weil die älteren Lehrer ihre Einstellung verhindern. In Sachsen ausgebildete junge Lehrer gehen vor allem weg, weil die Arbeits- und Einkommensbedingungen in anderen Bundesländern – auch im Osten der Bundesrepublik – besser sind als im Freistaat Sachsen. Und weil sie inzwischen von den Kultusverwaltungen vieler Bundesländer engagiert umworben werden, während das sächsische Kultusministerium nur Lippenbekenntnisse zu ihren Perspektiven in Sachsen abgibt und ihre Einstellung vom Vollzeitverzicht der Kollegen in den Schulen abhängig macht. Darüber hinaus gibt es in Sachsen für die Schularten, für die der Nachwuchsbedarf z. Zt. am größten ist, für die Grund, Mittel- und Förderschulen, gar nicht genug Absolventen der Lehrerausbildung, die hier eingestellt werden wollen. Die ersten potenziellen Nachwuchslern verlassen das Land bereits nach der 1. Staatsprüfung am Ende ihres Studiums, weil der Freistaat Sachsen ihnen keine Chance auf Beendigung ihrer Ausbildung mit dem Abschluss der 2. Staatsprüfung nach dem Vorbereitungsdienst gibt und weil der Vorbereitungsdienst in Sachsen nur unter den bundesweit schlechtesten Einkommensbedingungen absolviert werden kann. Bis heute ist nicht geklärt, ob die Staatsregierung auf den im Doppelhaushalt 2009/10 zum 31.07.2010 geplanten Abbau von weiteren 300 Stellen im Vorbereitungsdienst verzichtet. Dieser Verzicht wäre ein echter Beitrag zur Nachwuchssicherung – nicht der Verzicht der älteren Kollegen auf eine Vollzeitbeschäftigung.“

Auch die Neustrukturierung der Lehrerausbildung wird nach Auffassung der GEW in Sachsen politisch so dilettantisch begleitet, dass zu befürchten ist, dass zukünftig bereits die an einem Lehramtsstudium interessierten jungen Leute ihr Studium in anderen Bundesländern beginnen.

„Die Demagogie zum Thema Lehrernachwuchs muss endlich ein Ende haben! Wer dringenden Bedarf an jungen, neu ausgebildeten Lehrkräften signalisiert, wie es der Kultusminister bei jeder Gelegenheit tut, muss sich auch mit entsprechendem politischen Gewicht um die Voraussetzungen und Bedingungen für die Ausbildung von Lehrer/innen in Sachsen kümmern und darüber hinaus dafür sorgen, dass der Lehrerberuf in Sachsen wieder attraktiv wird. Nur so wird es gelingen, den auch in Sachsen anstehenden Generationenwechsel in den Schulen motivierend für alle Beteiligten zu gestalten. Wer weiterhin Jung und Alt gegeneinander ausspielt, wird in absehbarer Zeit nur noch den Scherbenhaufen dieser katastrophalen kurzsichtigen Personalpolitik zusammen kehren können“, so S. Gerold.

Die GEW-Vorsitzende erwartet für das morgige Gespräch eine Abkehr der Staatsregierung von ihrem bisherigen Konfrontationskurs. Weitere Gespräche sind vor dem Hintergrund der Ignoranz gegenüber den freiwilligen Teilzeitangeboten von mehr als 6.000 Lehrkräften der Gymnasien und Mittelschulen und der immer noch im Raum stehenden Androhung von Änderungskündigungen gegenüber allen Lehrkräften der Gymnasien und Mittelschulen für die Bildungsgewerkschaft nicht vorstellbar.

S. Gerold: „Die Staatsregierung hat uns nach mehreren Wochen öffentlicher Diskussion und in Kenntnis unserer klaren Position zu einem neuen oder verlängerten BTV zu einem erneuten Gespräch eingeladen. Wir werten das als positives Signal, dass es Kompromissvorschläge geben wird, die unseren Vorstellungen über einen Generationenvertrag für die Schulen entgegenkommen. Insofern haben wir dieses Gesprächangebot durchaus optimistisch angenommen.“

Nachfragen möglich unter 0172 – 7990 114 (Frau Dr. Gerold)